

## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe  
(17. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Marieluise Beck (Bremen),  
Dr. Uschi Eid, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 16/7411 –

### Die Menschenrechte der Uiguren schützen

#### A. Problem

In dem Antrag fordert die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Bundestag solle die Bundesregierung auffordern, gegenüber der chinesischen Regierung die Wahrung der Menschenrechte auch und besonders in der Bekämpfung des Terrorismus anzumahnen und gegenüber China in bilateralen Gesprächen, im Rahmen des deutsch-chinesischen Rechtsstaats- und Menschenrechtsdialoges und im Rahmen der EU auf Chinas verfassungs- und völkerrechtliche Pflichten zum Schutz der Religionsfreiheit für alle Chinesinnen und Chinesen, auch der Uiguren, hinzuweisen. Gegenüber der chinesischen Regierung sollen ferner das absolute Folterverbot sowie die Abschaffung der Todesstrafe thematisiert werden.

#### B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.**

#### C. Alternativen

Keine

#### D. Kosten

Keine

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/7411 abzulehnen.

Berlin, den 25. Juni 2008

### **Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe**

**Dr. Herta Däubler-Gmelin**  
Vorsitzende und Berichterstatterin

**Holger Haibach**  
Berichterstatter

**Florian Toncar**  
Berichterstatter

**Michael Leutert**  
Berichterstatter

**Volker Beck (Köln)**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Holger Haibach, Dr. Herta Däubler-Gmelin, Florian Toncar, Michael Leutert und Volker Beck (Köln)

### I. Überweisung und Mitberatung

Der Antrag auf **Drucksache 16/7411** wurde in der 134. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. Dezember 2007 dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur federführenden Beratung sowie dem Auswärtigen Ausschuss und dem Innenausschuss zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

In dem Antrag fordert die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass der Bundestag die Bundesregierung auffordert, gegenüber der chinesischen Regierung die Wahrung der Menschenrechte auch und besonders in der Bekämpfung des Terrorismus anzumahnen und gegenüber China in bilateralen Gesprächen, im Rahmen des deutsch-chinesischen Rechtsstaats- und Menschenrechtsdialoges und im Rahmen der EU auf Chinas verfassungs- und völkerrechtliche Pflichten zum Schutz der Religionsfreiheit für alle Chinesinnen und Chinesen, auch der Uiguren, hinzuweisen. Gegenüber der chinesischen Regierung sollen ferner das absolute Folterverbot sowie die Abschaffung der Todesstrafe thematisiert werden.

Eine weitere Forderung der Fraktion zielt darauf ab, dass die Bundesregierung gegenüber der chinesischen Regierung rechtsstaatliche Verfahren und ein Ende des Hausarrestes für die Kinder der für den Friedensnobelpreis nominierten und im Exil lebenden Uigurin Rebiyah Kadeer fordert. Zudem soll sie prüfen, ob die Bundesrepublik Deutschland oder ihre Partner in der EU die 13 noch in Guantanamo einsitzenden Uiguren aufnehmen könnten, die von den USA bereits als „ungefährlich“ eingestuft wurden, die aber aufgrund der Gefahr der Inhaftierung bei einer Abschiebung nach China dorthin nicht ausgeliefert werden können.

In ihrem Antrag erläutert die Fraktion, die Uiguren stellen heute sieben bis acht Millionen der 20 Millionen in China lebenden Muslime. Sie lebten überwiegend in der „autonomen uigurischen Region Xinjiang“ in China und gehörten zu den ältesten Turk-Völkern. Die seit langem prekäre wirtschaftliche, soziale und politische Lage der Uiguren habe sich innerhalb der vergangenen zehn Jahre und insbesondere seit den Ereignissen des 11. September 2001 weiter verschlechtert. Peking setze seine Siedlungspolitik unvermindert fort und seit dem 11. September 2001 stünden die

Uiguren unter dem Generalverdacht des Terrorismus und des Separatismus, was dazu führe, dass viele Menschenrechte der Uiguren anhaltend verletzt würden.

### III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag am 28. Mai 2008 in seiner 64. Sitzung beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen.

Der **Innenausschuss** hat den Antrag am 4. Juni 2008 in seiner 69. Sitzung beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen.

### IV. Beratung im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage in seiner 61. Sitzung am 4. Juni 2008 und in seiner 64. Sitzung am 25. Juni 2008 beraten.

Am 25. Juni 2008 hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erläutert, man sehe keinen Grund, warum man diesem Antrag nicht zustimmen sollte. Es gehe darin um das Problem der Menschenrechte in der Region Xinjiang. Im Gespräch mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe der Dalai Lama erklärt, dass die Situation der Uiguren noch schlimmer sei, als die der Tibeter/-innen. Das möge auch daran liegen, dass diese zum einen nicht im Blick der Weltöffentlichkeit seien und es sich zum anderen um eine muslimische Minderheit handele. Er habe gefordert, dass man gegenwärtig keine Uiguren mehr nach China abschieben solle und dass sich die Bundesrepublik Deutschland darum bemühen solle, die Uiguren, die in Guantanamo einsitzen und von den USA für unschuldig gehalten werden, aufzunehmen, um damit einen Beitrag zur Schließung des Lagers in Guantanamo zu leisten.

Als Ergebnis der Beratung hat der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Bundestagsdrucksache 16/7411 abzulehnen.

Berlin, den 25. Juni 2008

**Holger Haibach**  
Berichterstatter

**Dr. Herta Däubler-Gmelin**  
Berichterstatterin

**Florian Toncar**  
Berichterstatter

**Michael Leutert**  
Berichterstatter

**Volker Beck (Köln)**  
Berichterstatter

